bnr.de
blick nach rechts

23. Jahrgang | 02 | 20. Januar 2006

Rechte Szene 2

„Opfer der Medienhetze"
In Sachsen-Anhalt eskaliert die rechte Gewalt – führende Neonazis distanzieren sich angesichts der bevorstehenden Landtagswahlen von den Schlägern.

Randale im Vogtland
Im Dreiländereck zwischen Südsachsen, Thüringen und Bayern verstärken sich brutale Übergriffe militanter Neonazis.

Parallel-Demonstrationen
Neonazi-Märsche zum Holocaust-Gedenktag.

Mekka für Neonazis
Zunehmend Rechtsrock-Konzerte in Südhessen.

Chronik rechter Gewalt
Nach Angaben von Sicherheitsexperten ist die Zahl rechtsextremer Gewalttaten angestiegen – „blick nach rechts" dokumentiert Übergriffe aus den vergangenen zehn Wochen.

Eiliger Parteiausschluss
Weitere Tumulte bei der NPD im Südwesten.

Bomben für Südtirol
Der Schriftleiter der „Burschenschaftlichen Blätter" hat einen einschlägigen Werdegang.

„Nationalrevolutionäre Klänge"
Hiphop und Rap für die neonazistische Szene – in den einschlägigen Foren wird das Projekt kontrovers diskutiert.

Prozesse 8

Der „Meinungsverbrecher"
NPD-Funktionär Adolf Dammann wurde wegen Verunglimpfung des Staates verurteilt.

Ausland 9

Verteidiger der freien Welt
Die waffenstarrenden US-amerikanischen „Bürgerwehren" sind häufig eine Brutstätte für rechtsextreme Ideen.

Demokratische Initiativen 10

Beunruhigender Trend
Die vierte Folge der „Deutschen Zustände" dokumentiert erneut ein hohes Maß feindseliger Einstellungen.

Erklärte Gegnerschaft
Rechtsextremismus aus gewerkschaftlicher Sicht.

Rezension 11

In der 14. Folge
Wieder ein neues „Jahrbuch für Antisemitismusforschung".

Meldungen 12

Rechte Szene

„Opfer der Medienhetze“

In Sachsen-Anhalt eskaliert die rechte Gewalt – führende Neonazis distanzieren sich angesichts der bevorstehenden Landtagswahlen von den Schlägern.

Kevin ist das achte registrierte Opfer rechter Gewalt in Sachsen-Anhalt seit Jahresbeginn. Der 12-jährige Gymnasiast aus Bernburg fiel in dem kleinen Dorf Pömmelte bei Schönebeck am 9. Januar fünf rechten Schlägern im Alter zwischen 14 und 19 Jahren in die Hände. Sie hatten ihr Opfer an der Bushaltestelle abgefangen und dann zum Dorfteich gehetzt. Dort wurde der Junge, dessen Vater äthiopischer Abstammung ist, etwa eine Stunde lang mit Schlägen und vorgehaltener Gaspistole gequält. Die Neonazis ließen ihn dem „Führer“ huldigen und drückten ihm eine brennende Zigarette im Auge aus. Blutend und schwer verletzt konnte der Junge sich anschließend zurück ins nahe Kinderdorfhaus schleppen. Für Kevin war der Angriff nicht die erste Demütigung, seitdem er von seiner Mutter getrennt im Raum Schönebeck lebt. Er wurde vor einigen Monaten schon einmal von den selben jugendlichen Tätern angegriffen. Die Heimleiterin ebenso wie das zuständige Jugendamt sahen damals keine rassistische Motivation und erstatteten keine Anzeige. Seither lebte der Junge in Angst.

Auch Anfang Dezember schlug der wegen Körperverletzung verurteilte 19-jährige Haupttäter, Francesco L. aus Pömmelte, einen Jugendlichen zusammen. Dabei handelte es sich um einen 17-jährigen Schüler in Barby. Francesco Ls politische Einstellung war im ganzen Dorf bekannt, im Garten hatte er eine rechte Fahne gehisst, erzählen Nachbarn heute. Ein Mitschüler berichtet dem Magazin „Spiegel-TV“, dass die fünf Neonazis aus Pömmelte und Barby Kontakte zur „Kameradschaft Schönebeck“ hatten. Davon allerdings wollen Behörden wie auch führende Neonazis aus der Region nichts wissen, für die einen sind die fünf „Einzeltäter“, die anderen distanzieren sich im Hinblick auf die bevorstehenden Landtagswahlen und nennen sie „krankhafte Säufer“, die keine Mitglieder von Organisationen seien.

An der Kranzniederlegung auf dem Westfriedhof zur Bombadierung Magdeburgs vor 61 Jahren nahmen am Samstag, den 14. Januar etwa 450 Neonazis aus Magdeburg, Leipzig, Halle, Dessau und Werningerode unter der Führung von Andreas Biere, Mirko Appelt und Sascha Braumann teil. Aus Hamburg waren Tobias Thiessen und Lars Jacobs angereist. Während des düsteren Aufmarsches griffen aggressive Kameraden einen Kameramann des MDR an und bedrohten ein weiteres Fernsehteam. Etwa zur selben Zeit organsierten Anhänger der Freien Kräfte in Schönebeck unter der Regie des Landesvorsitzenden der Jungen Nationaldemokraten, Philipp Valenta, einen Infostand in der Innenstadt, um sich öffentlichkeitswirksam von den Gewalttätern aus den eigenen Reihen zu distanzieren und sich als weiteres Opfer „der Medienhetze“ zu präsentieren.

Bezeichnenderweise tagte auch die eilig einberufene Bürgerversammlung am 16. Januar in Pömmelte unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Insider-Informationen zufolge sei dort allerdings weniger auf die Rolle gewaltbereiter Neonazis in der Region eingegangen worden, als auf den schlechten Ruf des Ortes in den Medien. „Was bringen die den Neger auch hier her!“, war eine von vielen Stimmen im Laufe der letzten Tage. Dennoch soll demnächst ein Aktionsbündnis gegen Rechtsextremismus ins Leben gerufen werden. „Es wird schwierig werden“, prophezeit ein Mitarbeiter von „Miteinander e.V.“. Seine Arbeitsstelle könne die betroffenen Bürger vor Ort über die rechtsextremen regionalen Strukturen aufklären. Diese Vorschläge stoßen nicht immer auf eine Reaktion.

Ähnlich wie in Magdeburg, dort warnte „Miteinander e.V.“ bereits vor Tagen die Stadtverordneten schriftlich vor einer Teilnahme Rechtsradikaler an den offiziellen Feierlichkeiten am 16. Januar zur Bombadierung. Seit 1996 reihten sich Anhänger der „Kameradschaft Magdeburg“ regelmäßig in den Trauerzug zum Jahrestag ein. Doch dem vollmundigen Bekenntnis des sachsen-anhaltinischen Innenministers Klaus Jeziorsky, gegen Rechts vorzugehen zum Trotz, mischte sich auch in diesem Jahr tatsächlich wieder eine Gruppe von Neonazis unter den offiziellen Trauerzug von Bürgermeister und Stadtvertretern.

Andrea Röpke

Randale im Vogtland

Im Dreiländereck zwischen Südsachsen, Thüringen und Bayern verstärken sich brutale Übergriffe militanter Neonazis.

Das Ladengeschäft lockt mit leuchtenden Buchstaben in Graffitischrift: „Broken Dreams“. Hinter diesem unscheinbaren Namen verbirgt sich ein neuer Neonazi-Treffpunkt mitten in der Innenstadt von Plauen im sächsischen Vogtland. Vertrieben werden Hooligan-Artikel, szenetypische Klamotten der neuen Marke „brachial“ sowie Shirts mit dem Schriftzug: „Good night left side“. Betrieben wird das Geschäft von Sebastian Georgi und Sven Krüger. Krüger steht Ende Januar 2006 vor Gericht wegen eines Körperverletzungsdeliktes. Beide werden dem Umfeld rechtsgerichteter Fußballfans, den „Ultras Plauen“, wie auch dem „Jungsturm Plauen“ zugerechnet. Die Kameradschaft existiert seit etwa vier Jahren. Zu diesem potenziell gewaltbereiten Spektrum gehört auch Marco Ulrich. Der Neonazi ist einer der Hauptbeschuldigten im Fall des Überfalls auf das Kulturzentrum „Alte Kaffeerösterei“ in der Nacht zum 25. Dezember 2005. Im Morgengrauen versuchte eine Gruppe von etwa 20 Rechtsextremisten, die Feier „Tanz unter dem Weihnachtsbaum“ zu stören und gewaltsam Einlass zu bekommen. Gäste wurden durch Flaschen und fliegende Gläser verletzt. Mehrere rechten Angreifer wurden in Untersuchungshaft genommen.

In der Silvesternacht kam es erneut zu Übergriffen, als etwa 15 vermummte Neonazis versuchten, ein Gebäude in der Zwickauer Straße in Plauen zu stürmen. Diese jüngste Auseinandersetzung im Vogtland hatte die Polizei den Lokalmedien gar nicht gemeldet, wie die „Freie Presse“, alarmiert durch eine betroffene Leserin, kurz darauf beanstandete. Zwar bestätigte ein Beamter den Vorfall, räumte aber ein, dass zwei Streifenwagen erst nach Abrücken der Angreifer eingetroffen seien.

Erst Mitte November hatten Rechtsextremisten das alternative Wohnprojekt „Schuldenberg“ in Plauen angegriffen. Bereits Anfang des Jahres geriet das Vogtland-Theater mit seiner Matinee zum Thema „Einhundert Tage NPD im sächsischen Landtag“ ins Visier der Neonazis. Der NPD-Bundesgeschäftsführer und thüringische Landeschef Frank Schwerdt kündigte den Besuch seiner Kameraden an. Im Sommer führte die NPD in einer Gaststätte Saalveranstaltungen durch. Bei der Landtagswahl 2004 erhielt die NPD in Plauen über sieben Prozent der Stimmen, bei der Bundestagswahl im Oktober 2005 fast fünf Prozent. Der Landesverfassungsschutz in Dresden sprach bis dato von einem „nur durchschnittlich aktiven NPD-Kreisverband“.

Als braune Eminenz und geistiger Kopf der Plauener NPD-Szene gilt für Szenekenner immer noch der langjährige NPD-Funktionär Bernd Grett. Der Fahrschullehrer gehörte bis zum Verbot 1980 der „Wehrsportgruppe Hoffmann“ an und pflegte auch später in Thüringen noch geschäftliche Kontakte zum ehemaligen Anführer Karl-Heinz Hoffmann.
Sehr aktiv sind in Plauen, Reichenbach und dem angrenzenden thüringischen Greiz kameradschaftsähnliche Gruppen mit martialisch klingenden Namen wie „Reichenbacher Aktionsfront“ (RAF), „Braune Teufel“ oder „Alcoholocaust Vogtland“. Die Homepage der „Reichenbacher Aktionsfront“ und der Neonazi-Band „Haftbefehl“ schmückt ein Fadenkreuz mit Maschinengewehr. Im Juli 2005 gab die Band ihr vorerst letztes Konzert in Gera, denn der Gitarrist der Band, René Poralla, musste eine einjährige Haftstrafe antreten. Er hatte Hakenkreuze auf seiner Homepage präsentiert und den Reichenbacher Bürgermeister als „Nazi-Freund“ verleumdet. Im nahen Mylau betreibt der bullige Glatzkopf David Köckert das Ladengeschäft „Ragnaroek“, er wird dem Umfeld der „Braunen Teufel“ zugerechnet. Gemeinsam mit den Kameradschaften Hof und Saale-Orla-Kreis organisierten die lokalen Neonazis Anfang August ein „Rudolf-Heß-Gedenkturnier“ auf einem Fußballplatz im thüringischen Teichwolframsdorf bei Greiz, mit anschließender Pokalehrung.

Die derzeitige rechte Aggressionswelle in Plauen soll vom Umfeld des Szene-Ladens „Broken Dreams“ und seiner Klientel ausgehen. Gegen diese Entwicklung organisierten Gruppen wie das Jugendparlament, der Stadtschülerrat, der DGB, die Jungsozialisten und diverse andere Initiativen am 13. Januar eine Demonstration unter dem Motto „Plauen gegen Braun“, an der sich rund 1000 Bürgerinnen und Bürger beteiligten.

Andrea Röpke

Parallel-Demonstrationen

Neonazi-Märsche zum Holocaust-Gedenktag.

Neonazis wollen am 28. Januar in drei Städten auf die Straße gehen. In Dortmund, Lüneburg und Stuttgart soll „gegen staatliche Repression" und speziell gegen den Volksverhetzungsparagraphen 130 StGB demonstriert werden.

Seit September letzten Jahres laufen intern die Vorbereitungen für die parallelen Demonstrationen einen Tag nach dem Holocaust-Gedenktag. Und das mit einigen Schwierigkeiten. Zunächst waren vier Aufmärsche geplant: in Dortmund, Berlin, Karlsruhe und „wenn möglich", so die Initiatoren aus dem Kreis der „Freien Nationalisten" anfangs, in Hamburg. Christian Worch hat ihnen offenbar die Demonstration in der Hansestadt ausgeredet. Die angepeilte Teilnehmerzahl – 300 in jeder der vier Städte – soll er in seiner Heimatstadt für nicht erreichbar gehalten haben: „Unter den Umständen mache ich nicht so gern was in Hamburg." Statt dessen empfahl er einen kleineren Ort in Norddeutschland: Dort wirke es anders, wenn nur 100 oder knapp über 100 Leute kommen würden. Die Wahl fiel auf Celle, wo Worch als Anmelder fungierte. Aber auch damit hatte er wenig Glück. Die Stadt verbot die Veranstaltung. Zwar war der Optimismus groß, dass man dieses Verbot vor Gericht wieder würde kippen können. Doch Worch, in der Szene als absoluter Gerichtsexperte gehandelt, übersah eine Änderung des niedersächsischen Verwaltungsverfahrensgesetzes: Die Frist für eine Klage war abgelaufen. Worch versuchte, die peinliche Panne als „unwesentliches Problem" herunterzuspielen. Einen Ausweichort hat er inzwischen gefunden: Lüneburg.

Komplett abgesagt wurde kurz vor Weihnachten die Demo in Berlin, wobei als Grund nur „interne Entscheidungen" angeführt wurden. Nach einem Verbot des Aufmarschs in Karlsruhe soll die süddeutsche Demonstration nun in Stuttgart stattfinden. Ohne juristische und andere Komplikationen konnten die Neonazis lediglich ihre Demo in Dortmund planen. Dort ruft „aufgrund der guten Zusammenarbeit zwischen der NRW-NPD und den freien Nationalisten" auch der NPD-Landesverband ausdrücklich zur Teilnahme auf.

Tomas Sager

Mekka für Neonazis

Zunehmend Rechtsrock-Konzerte in Südhessen.

Zum dritten Mal innerhalb von zweieinhalb Monaten gelang es Neonazis, in Südhessen ein konspiratives Konzert zu veranstalten. In der 26 000-Einwohner-Stadt Griesheim bei Darmstadt trafen sich am 7. Januar rund 700 Rechtsrockfans aus dem Südwesten Deutschland sowie Italien, Frankreich, Schweiz und Tschechien.

Für knapp sechs Stunden Musik sorgten „Blitzkrieg" (Chemnitz), deren Debüt-CD von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien indiziert wurde, „Radikahl" mit Sänger Manfred Wiemer (Wohlsborn) – 1994 wegen Volksverhetzung verurteilt –, „Breakdown" (Kreis Simmern/Hunsrück), „Eternal Bleeding" sowie „Gigi und die Braunen Stadtmusikanten" (Niedersachsen). Die Polizei beschränkte sich darauf, vor dem Veranstaltungslokal mit rund 200 Beamten für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Der Wirt der Gaststätte beklagte sich am Ende, dass die illustren Gäste eine Großzahl des Mobiliars und die sanitären Einrichtungen demoliert hätten. Zudem kam es zu reichlich Glasbruch. „Das sah hier aus wie auf einem Schlachtfeld", beschrieb er das Szenario. Augenzeugen berichteten von Prügeleien. Zudem seien nationalsozialistische Parolen zu hören gewesen. In einem Fall machten Neonazis in Griesheim auf der Straße Jagd auf Jugendliche mit alternativem Outfit.

Die Feier wurde im November 2005 angemeldet als Geburtstagsfeier einer Basketballmannschaft. Als Vertragspartner diente dem Wirt ein Mann aus Heppenheim. Im Internet wurde bundesweit mobilisiert. Die Polizei ging lange Zeit von einer Veranstaltung im Elsass aus. Bereits am 5. November fand eine Konzertparty der Neonazis in Mitlechtern bei Heppenheim statt. Dort diente eine Vereinshalle als Ort des Spektakels. Am 3. Dezember spielten in Heppenheim zwei Rechtsrock-Bands gar im Jugendtreff „Oase "– direkt gegenüber der örtlichen Polizeiwache. In der Region tummelt sich die „Kameradschaft Bergstraße", während in Richtung Darmstadt auch die Kameradschaften „Nibelungensturm Odenwald" und „Sturmfront Odenwald" als aktive Kräfte bekannt sind.

Horst Freires

Chronik rechter Gewalt

Nach Angaben von Sicherheitsexperten ist die Zahl rechtsextremer Gewalttaten angestiegen – „blick nach rechts“ dokumentiert Übergriffe aus den vergangenen zehn Wochen.

Dorfen: Eine 15-köpfige Gruppe rechtsgerichteter Jugendlicher beleidigt in der Nacht zum 5.11.2005 im Jugendzentrum einen dunkelhäutigen Jungen, klopft rassistische und antisemitische Sprüche und attackiert die Gäste. Einer Frau wird mit dem Feuerlöscher auf den Kopf geschlagen.

Unterweissach (bei Waiblingen): In der Nacht zum 6.11. wird ein Brandsatz gegen die Asylbewerberunterkunft geworfen. Vier Tatverdächtige zwischen 14 und 20 Jahren werden verhaftet. Drei sind der Polizei einschlägig bekannt, gegen den vorbestraften Hauptverdächtigten wurde bereits wegen rechtsextremer Schmierereien ermittelt.

Altdorf/Bayern: Ein 20-jähriger Rollstuhlfahrer wird von Neonazis aus dem Rollstuhl geprügelt und lebensbedrohlich verletzt. Der Behinderte hatte an seiner Jacke ein Anti-Nazi-Emblem getragen.

Berlin: Neonazis attackieren am 10.11. mit Schlagstöcken, Eisenketten, Pfefferspray und Gasflaschen Nazi-Gegner an einem Infostand des Silvio Meier Bündnisses am Bahnhof Lichtenberg.

Witten: In der Nacht zum 4.12. wird ein soziokulturelles Zentrum von Vermummten mit Bierflaschen beworfen. Die Täter entkommen unerkannt.

Oschersleben: Ein vietnamesischer Imbissbesitzer wird am 9.12. von einem 16-Jährigen schwer verletzt, er erleidet ein schweres Schädelhirntrauma. Während der Attacke verwüsten drei Jugendliche im Alter von 15 bis 21 Jahren den Imbiss. Polizeiangaben zufolge hat einer der Täter Verbindungen zur rechtsextremen Szene.

Friedrichshain/Brandenburg: In der Nacht zum 18. 12. werden zwei Polizeibeamte bei einem Einsatz wegen ruhestörenden Lärms von angetrunkenen Skins und Hooligans verprügelt. Bei einem festgenommenen 18-Jährigen wird die Szene-CD „Tribute to Skrewdriver“ gefunden.

Sangerhausen: Am 21.12. bewerfen drei Berufsschüler Schüler einer Lehranstalt für Lernbehinderte mit Feuerwerkskörpern. Einer soll dabei ein Hakenkreuz aus Holz hochgehalten haben.

Gotha: Ein 40-jähriger Mann aus Kamerun wird am 23.12. von sechs Personen im Alter von 17 bis 45 Jahren in einer Telefonzelle überfallen, wegen seiner Herkunft beschimpft und beraubt. Die Täter verfolgen das Opfer anschließend und bewerfen es mit Bierflaschen. Von der Polizei werden die Täter wenig später ermittelt und vorläufig festgenommen. gegen den 19-jährigen Haupttäter wird Haftbefehl beantragt.

Plauen: In der Nacht zum 25.12. stürmen rund 20 Neonazis das Kulturzentrum „Alte Kaffeerösterei“. Mehrere Personen werden verletzt (s. S. 3).

Gräfenhainichen: In der Silvesternacht werden zwei Personen vietnamesischer Nationalität von sechs Jugendlichen im Alter zwischen 15 und 19 Jahren mit Holzknüppeln und Bierflaschen verprügelt. Bei Hausdurchsuchungen der Täter werden Panzerbrandgeschosse, Kleinkalibermunition, Schwarzpulver und diverse Chemikalien sichergestellt.

Dranske/Rügen: Am Neujahrsmorgen beschießen 16 Jugendliche das Asylbewerberheim. Ein 20-jähriger Armenier wird durch den Wurf von Bierflaschen im Gesicht verletzt.

Witten: In der Nacht vom 7./8. Januar wird ein Mann von sechs Neonazis zusammengeschlagen. Er erleidet einen mehrfachen Nasenbeinbruch und eine schwere Gehirnerschütterung.

Pömmelte: Fünf rechtsextreme Jugendliche misshandeln am 9.1. auf offener Straße einen zwölf Jahre alten Jungen (s. S. 2).

Ziegenhain/Hessen: Nach Mitteilung der Polizei am 10.1. haben fünf jugendliche Neonazis einen 54-jährigen Mann mit einer Holzlatte zusammengeschlagen. Er wollte die Jugendlichen zur Rede stellen, die den Hitlergruß gezeigt und „Sieg Heil“ gebrüllt hätten.

Erfurt: In der Nacht zum 12.1. wird ein Iraker von drei jungen Männern im Alter von 17 bis 23 Jahren während einer Straßenbahnfahrt krankenhausreif geschlagen. Zwei der Täter sind wegen Körperverletzung einschlägig vorbestraft.

Zusammenstellung: Anton Maegerle

Eiliger Parteiausschluss

Weitere Tumulte bei der NPD im Südwesten.

In die Reihe der innerparteilichen Störenfriede reiht sich die Völklinger NPD-Stadtratsfraktion ein. Nachdem Fraktionsmitglied Otfried Best im vorigen Jahr bereits für Aufsehen gesorgt hatte, als er Parteivize Peter Marx vorwarf, Verfassungsschutzspitzel in der Partei zu dulden, wagten es die NPD-Ratsmitglieder diesmal, den amtsenthobenen früheren baden-württembergischen Landeschef Günter Deckert zu einer Veranstaltung einzuladen.

Bundesgeschäftsführer Frank Schwerdt intervenierte vier Tage vor der für den 14. Januar geplanten Veranstaltung: Deckerts Einsatz als Redner sei „mehr als problematisch“ und solle überdacht werden. Am 18. Februar werde ein Schiedsgericht über seinen Parteiausschluss verhandeln, teilte Schwerdt mit. Und, um den Druck auf die Völklinger Kameraden zu erhöhen, gab er noch den Hinweis, dass der Parteivorstand den Ex-Vorsitzenden bereits „im Eilverfahren ausgeschlossen“ habe – was die Satzung der NPD freilich in dieser Form gar nicht hergibt. Letztlich aber konnte Schwerdt den Auftritt Deckerts nicht verhindern. Der hielt sich, glaubt man Veranstaltungsteilnehmern, in seiner Rede zurück und übte keinerlei innerparteiliche Kritik. Öffentlich wehrte er sich zwei Tage später gegen Schwerdts Vorhaltungen. Deckert warf dem Vorstand einen Verstoß gegen die Satzung vor und ließ wissen, dass er an der Verhandlung über seinen Ausschluss, die vor dem Schiedsgericht in Bayern stattfindet, nicht teilnehme.

Zur Ruhe kommt der Landesverband Baden-Württemberg auch an anderer Stelle nicht. Ende Dezember soll Beisitzer Frank Schekorr den Vorstand verlassen haben. Er sah sich durch die Bildung eines geschäftsführenden Landesvorstands aus der Arbeit ausgeschlossen. Immerhin hat die Partei es bislang geschafft, in 68 von 70 Wahlkreisen Kandidaten für die Landtagswahl am 26. März aufzustellen. Nur in Weinheim, Deckerts Heimat, und Heidelberg gelang das nicht. Ob die NPD es auch schafft, die nötigen Unterstützungsunterschriften zu sammeln, wird sich nach dem 26. Januar zeigen. Bis zu diesem Termin müssen die Kandidatenvorschläge eingereicht sein.

Tomas Sager

Bomben für Südtirol

Der Schriftleiter der „Burschenschaftlichen Blätter“ hat einen einschlägigen Werdegang.

Neuer Schriftleiter der vierteljährlich erscheinenden „Burschenschaftlichen Blätter“ (BB), die von der Deutschen Burschenschaft (DB) herausgegeaben wird, ist der Österreicher Herwig Nachtmann aus Lanzenkirchen. Nachtmann (Jg. 1940), Mitglied der Innsbrucker Burschenschaft Brixia, ist einschlägig vorbestraft wegen Verbrechens nach dem NS-Wiederbetätigungsgesetz. 1996 wurde Nachtmann, ab 1975 Geschäftsführer des rechtsextremen Aula-Verlages in Graz, vom Obersten Gerichtshof rechtskräftig wegen Abdrucks eines holocaustleugnenden Artikels zu einer Geldstrafe und acht Monaten Haft auf Bewährung verurteilt.

Anfang der 60er Jahre gehörte Nachtmann zu jenem Kreis von Burschenschaftern, die für Attentate in Südtirol mitverantwortlich waren. 1965 war er einer der Angeklagten beim Grazer Südtirol-Terroristenprozess. In der „Aula“ war 2004 über Nachtmann zu lesen: „Unter Einsatz seiner Freiheit diente er damals seiner Heimat nicht nur mit anfeuernden Worten aus dem sicheren Hinterland, sondern mit Taten gegen das Unrecht dort, wo dieses geschah.“ Die „Aula“ attestierte Nachtmann auch die „unverbrüchliche Treue zum führenden Kopf des Südtiroler Widerstandes“ Norbert Burger. 1967 war Burger Gründungsmitglied der Nationaldemokratischen Partei Österreichs, die 1988 verboten wurde. „Väterlicher Freund“ von Nachtmann, so die „Aula“, war über viele Jahre hinweg Otto Scrinzi. Scrinzi war einst SA-Sturmführer und NSDAP-Mitglied, später FPÖ-Vize und ist heute die Gralsgestalt des Blut-und-Boden-Flügels des österreichischen Rechtsextremismus.

Mitte der 70er Jahre amtierte Nachtmann als Verantwortlicher der Jungen Nationaldemokraten für Tirol und war 1977 Österreich-Korrespondent des rechtsradikalen deutschen Blattes „Student“. 1978 zählte Nachtmann zum Unterzeichnerkreis des Aufrufs der „Deutschen National-Zeitung“ für eine Generalamnestie für NS-Verbrechen. Im Jahr 1981 nahm Nachtmann als Angehöriger der „Kameradschaft der ehemaligen Südtiroler Freiheitskämpfer“ beim Begräbnis des Hitler-Nachfolgers Dönitz teil.

Anton Maegerle

„Nationalrevolutionäre Klänge“

Hiphop und Rap für die neonazistische Szene – in den einschlägigen Foren wird das Projekt kontrovers diskutiert.

Die Neonazi-Szene entdeckt den ursprünglich aus der Musikwelt farbiger US-Amerikaner stammenden HipHop und Rap – oder lehnt diese neue Entwicklung strikt ab. In diesem Zusammenhang kursiert ein Name im Internet: „N-Soundz“. Zuerst gab es Mitte 2005 dazu eine Homepage, unterdessen wurde diese aber auf ein schlichtes E-Mail-Formular zwecks Kontaktaufnahme minimiert. Zudem geistert die „N-Soundz Crew“ seit Monaten durch verschiedene Webforen, etwa denen des „Freien Widerstands“, des „West Versands“ oder aktuell durch das der „Gesinnungsgemeinschaft Westdeutschland“. „N-Soundz“ selbst werben mit dem Slogan „Rap ist nicht schwarz!“ und wollen jetzt auch einen „Demo-Sampler“ mit „nationalrevolutionären Klängen“ gratis online stellen.

Ursprünglich wurden die wohl eher als Projekt zu bezeichnenden „N-Soundz“ von Antifaschisten in Aachen verortet. Als Anmelder einer neuen Homepage fungiert indes ein junger Mann aus Grevenbroich bei Neuss, offenbar der Sohn eines führenden Neonazis aus Nordrhein-Westfalen (NRW), Christian Malcoci. Der gelernte Schriftsetzer trat im Jahr 2002 für die niederländische NS-Partei NVU zu den Kommunalwahlen im Grenzort Kerkrade an und kandidierte im Mai 2005 bei der NRW-Landtagswahl auf Platz 8 der NPD-Reserveliste.

„N-Soundz“ selbst hatten einst angekündigt, ihre Aufnahmen in Kooperation mit dem rechtsextremen „West Versand“ aus Hamm zu veröffentlichen. Im Internet-Forum des Versandhandels beteiligte sich unter dem Nickname „Mustache“ (deutsch: Oberlippen- beziehungsweise Schnurrbart) der Webmaster der „N-Soundz“ rege an den Diskussionen. Traf er dort mit seinem Projekt meist auf breite Zustimmung und äußerten andere Forenteilnehmer Interesse an rechtsextremem HipHop und Rap – „nationaler Rap statt diese Amischeiße!“, forderte eine Teilnehmerin, ein Mann merkte an, „Freue Mich Schon Auf Den National Rap“ –, schwenkte unlängst die Stimmung in der Neonazi-Szene etwas um.

Nachdem der „West Versand“ – offenbar hatte er Interna der rechtsextremen Szene ausgeplaudert – bei großen Teilen der nordrhein-westfälischen Neonazis in Ungnade gefallen war, machte nun das Forum der „Gesinnungsgemeinschaft Westdeutschland“ wohlwollend auf die „N-Soundz“ als „neue Rechtsrock-Band aus NRW“ aufmerksam. Unterdessen ruderte jedoch der Administrator des Forums zurück und schrieb seinen „Kameraden“ zum Nazi-Rap der „Idioten“ folgendes: „Den Mist könnt ihr an euch vorübergehen lassen.“ Auf die Anmerkungen anderer Diskutanten, „N-Soundz“ würden „doch nur den Widerstand bereichern“, antwortete der Administrator: „Es gibt auch rechte Punks, bereichern die etwa auch den Widerstand? – NEIN – Genauso brauchen wir auch keine nationalen Rapper...“

„Nazi-Rap der Idioten“

„Mustache“ gab sich im Forum des „West Versandes“ einst als Besucher von Rap-Konzerten zu erkennen und als Computer- und Onlinespieler – gelegentlich spiele er die „KZ-Maps“ eines der Ballerspiele. Die „N-SoundZ Crew“ selbst hatte schon im August 2005 auf ihrer damals noch relativ ausführlichen Homepage bekannt gegeben: „Die ersten Lieder sind theoretisch schon fertiggestellt. Das einzige Problem liegt nur noch an der Stimmenaufnahme. Wir benötigen nur noch die richtigen Programme, um ein qualitatives Ergebnis zu erzielen.“ Offiziell, so war zu lesen, sei die Homepage am 1. August 2005 online gegangen. Zum Start war gegrüßt worden: „Heil Euch! (...) Wir haben uns als Ziel gesetzt den Rap-Hörenden Anhängern unserer Bewegung, Musik zu bieten, die in ihren nationalrevolutionären Klängen zu überzeugen weiß.“ Im Oktober wurden dann im Forum des „West Versandes“ mehrere Demos/CDs angekündigt, zwei mit dem Titel: „Mustache – Abschiebeknast Vol.1“ und „Krauts – Just Deutsch“.

Michael Klarmann

Prozesse

Der „Meinungsverbrecher"

NPD-Funktionär Adolf Dammann wurde wegen Verunglimpfung des Staates verurteilt.

„Ich bin ein Meinungsverbrecher." Die Anklage wegen Verunglimpfung des Staates und Beleidigung sieht Adolf Dammann als Bestätigung in seinem Kampf gegen „das System". „Dieser Staat ist kein Rechtsstaat wegen der nicht praktizierten Meinungsfreiheit", erklärte der 66-jährige Vize-Vorsitzende der niedersächsischen NPD am 10. Januar in seinem Prozess vor dem Amtsgericht Stade.

Im Dezember 2004 war auf der Homepage des NPD-Unterbezirks Stade ein Text von Dammann veröffentlicht worden, in dem die Bundesrepublik als „scheinsouverän", die SPD-Bundestagsabgeordnete Margrit Wetzel aus Horneburg als „Sozioten-Wetzel" und „trainierte System-Marionette" sowie der Bürgermeister von Stade als „Witzfigur" bezeichnet wurden. Nach Presseberichten über Pläne für eine NPD-Großkundgebung in Stade hatte Frau Wetzel zu einer Gegendemonstration aufgerufen und der Bürgermeister bedauert, dass die NPD nicht verboten sei.

„Braunes Gesocks" seien er und seine Kameraden genannt worden, führte Dammann zu seiner Verteidigung aus; er sei der Ansicht, er habe das Recht auf einen „Gegenschlag". „Ich habe mich mein Leben lang als Demokrat empfunden, vom Ausdruck 'Nazi' fühle ich mich beleidigt", sagte der Bankkaufmann im Ruhestand aus Buxtehude und meinte, wenn Kurt Schumacher noch leben würde, wäre er SPD-Mitglied. Ebenso vehement bestritt er, dass die Bezeichnung „scheinsouverän" für die Bundesrepublik verunglimpfend sei. Dammann berief sich auf Äußerungen eines ungenannten „EU-Abgeordneten" und verlas einen Artikel aus der „Jungen Freiheit" über die angeblichen „Folterflüge" der CIA von deutschem Boden aus.

Neben Dammann auf der Anklagebank saß das für die Website zuständige Vorstandsmitglied des NPD-Unterbezirks, Martin Zaha aus Himmelpforten. Sein Rechner war im Januar 2005 vom polizeilichen Staatsschutz beschlagnahmt worden; seither war die „Weltnetz-Seite" offline. Zaha gab sich ahnungslos: Er sei „baff gewesen", als er erfuhr, dass „das Angreifen des Staates strafbar ist". In einem verbundenen Verfahren musste sich der 20-Jährige außerdem gemeinsam mit dem 19 Jahre alten Sascha F. wegen gefährlicher Körperverletzung verantworten.

In der Nacht zum 4. Dezember 2004 hatten die beiden nach einem Disco-Besuch einen 18-Jährigen mit dem Auto verfolgt. Zaha warf den jungen Mann um, F. schlug und trat ihn. Mit ihrem Opfer hatten sie schon seit Monaten Auseinandersetzungen, weil er sie mit „Nazi, Nazi"-Rufen provozierte. Im Gespräch mit dem Jugendgerichtshelfer nach der Anklageerhebung im März hatte Sascha F. angegeben, sich nicht mehr politisch zu betätigen. Das wurde ihm ungeprüft geglaubt. Im August und September gehörte er in Stade und Buxtehude zur Besetzung der NPD-Stände zur Bundestagswahl.

Für den Prozess betrieb das Gericht einen hohen Sicherheitsaufwand. Verfahren im Mai in Verden/Aller und im Dezember in Lüneburg waren von der NPD-Szene für Kundgebungen genutzt worden. Das Dutzend Neonazis, das Adolf Dammann zum Stader Gericht begleitet hatte, muckste sich nicht. Amtsrichter Volker Drecktrah ließ Dammann, der auf einen Anwalt verzichtet hatte, sich zwar erklären, unterbrach ihn aber, sobald er vom Thema abschweifte.

„Sie behaupten zwar, dass Sie auf dem Boden des Grundgesetzes stehen", hielt der Richter Dammann in der Urteilsbegründung entgegen, „aber Sie lehnen alles ab, was damit zu tun hat." Der nicht Vorbestrafte muss 1 200 Euro Geldstrafe zahlen. Er kündigte an, das Urteil anzufechten. Martin Zaha, der als Uhrmacher-Geselle über Einkommen verfügt, wurde nach Jugendrecht zu 1 000 Euro Geldstrafe verurteilt, Sascha F. muss 90 Stunden gemeinnütziger Arbeit ableisten. Zahas Computer wurde endgültig eingezogen.

Drei Tage vor dem Prozess hatte Dammann eine „Schulungsveranstaltung" im NPD-Lokal in Wangersen abgehalten. Dabei soll es um den Aufbau von Strukturen in und um Rotenburg/Wümme für den im September anstehenden Kommunalwahlkampf gegangen sein. Unter den zirka 20 Teilnehmern waren „Heisenhofler" wie Daniel Fürstenberg, Matthias Schulz und Sven Wellhausen.

Uwe Ruprecht

Ausland

Verteidiger der freien Welt

Die waffenstarrenden US-amerikanischen „Bürgerwehren" sind häufig eine Brutstätte für rechtsextreme Ideen.

Ein gutes Jahrzehnt lang waren die paramilitärischen Milizen in den USA weitgehend vom Radar der öffentlichen Aufmerksamkeit verschwunden. Eine trügerische Stille, wie Extremismus-Experten bereits seit einiger Zeit argumentieren. Die „Bürgerwehren" haben die Ruheperiode zur Revitalisierung genutzt. Personell und strukturell erneuert verstärkten viele Gruppen in den letzten Monaten ihre Trainings- und Rekrutierungsaktivitäten wieder. In mindestens 30 Bundesstaaten existieren Berichten zufolge derzeit aktive Zellen. Im Gegensatz zu ihren Vorgängern aus den 90er-Jahren agieren die Milizen heute deutlich unauffälliger. Öffentliche Treffen werden ebenso vermieden wie die früher übliche Nutzung einschlägig bekannter Internetseiten. Misstrauen ist angesichts der Gefahr polizeilicher Unterwanderung zur obersten Direktive erhoben worden. Ideologisch hingegen hat sich kaum etwas verändert.

Die Gründung der ersten Milizen datiert aus dem Jahr 1993 und lässt sich auf die vor allem in der weißen amerikanischen Mittelschicht ausgeprägte Tradition der Staatsfeindlichkeit zurückführen. Als Schlüsselereignis gilt die Belagerung der Ranch einer Weltuntergangssekte (Davidianer) im texanischen Ort Waco durch die US-Bundespolizei FBI im April des gleichen Jahres, bei der 80 Personen ums Leben kamen. Die Weltanschauung der rechten Splittergruppen basiert auf einem kruden Gemisch aus paranoiden Verschwörungstheorien, Militarismus, religiösem Fanatismus und anderen extremistischen Versatzstücken. Der Hass der Milizionäre richtet sich wechselweise gegen Politiker, Einwanderer, Homosexuelle, Abtreibungsbefürworter oder Steuereintreiber. Wie die meisten Teile der extremen Rechten gerieren sie sich gern als „Hüter" uramerikanischer Werte und verstehen sich als letzte Bastion zur Verteidigung verfassungsmäßiger Freiheiten gegen eine angeblich von geheimen Mächten unterwanderte, korrumpierte Bundesregierung. Zentrales Element der Auseinandersetzung ist das Recht auf Waffenbesitz, dessen Beschneidung als gezieltes Mittel zur Kontrolle der Bürger und der Errichtung einer „Neuen Weltordnung" unter Führung der UNO interpretiert wird. Im Stile von Wehrsportgruppen bereitet sich das nationalpatriotische Lager mit Schießübungen und tagelangen Überlebenstrainings darauf vor, die freie Welt gegen die drohende Tyrannei zu verteidigen.

Auf dem Höhepunkt ihrer Popularität Mitte der 90er-Jahre existierten in den USA Hunderte solcher freiwilligen Bürgerwehren. Die Zahl der aktiven Gefolgsleute zu diesem Zeitpunkt wurde auf rund 30 000 geschätzt, die Gruppe der Sympathisanten gar auf mehrere Millionen. Eine Wende setzte erst in der Folge des Terroranschlags von Oklahoma City am zweiten Jahrestag des „Waco-Massakers" im April 1995 ein, nachdem sich radikale Waffennarren zuvor nur vereinzelt Scharmützel mit der Polizei geliefert hatten. Die Kontakte des später hingerichteten Attentäters Timothy McVeigh zu mehreren Milizgruppen bescherten der Bewegung mehr Publicity als den Führungsköpfen lieb sein konnte. Der anschließende Druck der Strafverfolgung ließ insbesondere viele Mitläufer zurückschrecken.

Neben dem vorhandenen Gewaltpotenzial ist die Funktion der Milizen als Brutstätte für rechtsextreme Ideen nicht zu unterschätzen. Ältere Vereinigungen wie „The Sons of Gestapo" oder die „Viper-Miliz" machten nie einen Hehl aus ihrer politischen Orientierung. Auch heute reichen die Verbindungen von rassistischen Immigrations-Gegnern über die militante Neonaziszene bis in das Lager der extrem antisemitischen, pseudoreligiösen „Christian Identity"-Lehre. Feste Strukturen oder unsichere Kommunikationskanäle werden dabei allerdings zunehmend gemieden. Die radikalen Teile der modernisierten Milizbewegung agieren nach dem Prinzip des „Führerlosen Widerstandes" als unabhängige Terrorzellen. So genannte „einsame Wölfe" wie die Rechtsextremisten Eric Rudolph oder Bombenbauer William J. Kral, die ihren Kreuzzug gegen Kommunismus, Staatswillkür und „zionistische Ersatzregierung" nach 1995 auf eigene Faust fortsetzten, genießen in der Szene Heldenstatus und bescheren den Gruppen neuen Zulauf.

Michael Funk

Demokratische Initiativen

Beunruhigender Trend

Die vierte Folge der „Deutschen Zustände" dokumentiert erneut ein hohes Maß feindseliger Einstellungen.

Das rechtspopulistische Potenzial in Deutschland ist erneut angestiegen. Den Berechnungen des Teams um den Bielefelder Konfliktforscher Wilhelm Heitmeyer zufolge lag es 2005 bei 26 Prozent. Im ersten Jahr der bislang vier Untersuchungswellen (2002) zählten die Wissenschaftler 19,6 Prozent. Eine steigende Gerade ergeben die Studien auch in puncto Fremdenfeindlichkeit: So stimmen inzwischen 36,1 Prozent der Befragten der Aussage zu, „wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die in Deutschland lebenden Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken" – 2002 waren es 27,7 Prozent.

Insgesamt ergeben die Surveys zur „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit" (GMF) kein einheitliches Bild. Zum Syndrom GMF zählt die Forschungsgruppe neben Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus inzwischen sieben weitere Einstellungsmuster, darunter die Abwertung von Homosexuellen, Obdachlosen und des Islams. Beispielsweise beim Antisemitismus weisen die Studien einen Abwärtstrend in den vergangenen drei Jahren aus. Eine generelle Zunahme feindseliger Haltungen, die Normalität zu werden drohten, lässt sich – so berechtigt die Sorge über das hohe Maß solcher Einstellungen ist – in dieser Eindeutigkeit den GMF-Daten kaum entnehmen. Dies gilt auch, wenn Orientierungslosigkeit und Zukunftsängste einen Einfluss auf das Entstehen feindseliger Mentalitäten haben und erheblich gestiegen sind. Beides zeigt die vierte Folge der „Deutschen Zustände" überzeugend auf und sieht Heitmeyers seit langem vertretene theoretische Position bestätigt.

Acht Einzelstudien werten den Survey gezielt aus. Kirsten Endrikat kommt zu dem Ergebnis, dass bei jüngeren Menschen „die Ausmaße der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit bei mehreren Elementen niedriger sind als in der älteren Bevölkerungsgruppe" (S. 112). Das gilt für Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus, lediglich die Ablehnung von Obdachlosen ist bei den Jüngeren verbreiteter. Dieses Resultat ist nicht neu – allerdings weist Endrikat zu Recht darauf hin, dass es landläufigen Interpretationen widerspricht, die rechtsextreme Orientierungen als jugendliches Abgrenzungsverhalten deuten oder als das Ergebnis missglückter 68er-Pädagogik. Demnach sind feindselige Haltungen das Problem einer Lebensphase: Sie „wüchsen sich raus". Zu dieser Fehldeutung mag die Tatsache verleiten, dass Jugendliche auf der Verhaltensebene, bei Gewalttaten und in jüngsten Wahlen, mehr als Ältere in Erscheinung treten – auf der Einstellungsebene trifft dies nicht zu.

Beate Küpper und Andreas Zick gehen der Frage nach, ob der religiöse Hintergrund der Befragten auf Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit einen Einfluss hat. Sie stellen fest: „Insgesamt neigen Konfessionslose weniger zu Vorurteilen" (S. 182). Die Fallstudie zeigt, dass die christlichen Kirchen einerseits ein besonders wichtiger Akteur in der Auseinandersetzung mit rechtsextremem Denken und Handeln sind, dass feindselige Haltungen aber auch in ihren Reihen verbreitet sind. Dies entspricht der 2005 vorgelegten Studie von Michael Fichter, Richard Stöss und Bodo Zeuner, derzufolge Gewerkschaftsmitglieder ein Spiegelbild der Gesellschaft sind – zumindest hinsichtlich rechtsextremer Einstellungen.

Nach wie vor wird man sich über die Formulierung einzelner Items und entsprechende Schlussfolgerungen der Erhebung streiten können. Bischof Wolfgang Huber lässt diese Kritik im Interview mit Heitmeyer und Gunter Hofmann anklingen, das in der vierten Folge der „Deutschen Zustände" enthalten ist. Das Interview ist ein Beispiel für gelungene Verknüpfung der Datenanalysen im ersten Teil des Bandes mit Gesprächen und journalistischen „Fallgeschichten" im zweiten. Dies gilt beispielsweise auch für die Kombination der Analysen über islamfeindliche Einstellungen der Deutschen mit der einfühlsamen Reportage von Annette Ramelsberger über den „Alltag in der Parallelwelt" Kreuzbergs. Sie macht Schwierigkeiten deutlich – aber auch, dass Integrationsbemühungen keineswegs zum Scheitern verurteilt sind.

Thomas Pfeiffer

Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Deutsche Zustände. Folge 4, Suhrkamp, Frankfurt a.M., 2006, 322 S., 11,00 Euro.

Erklärte Gegnerschaft

Rechtsextremismus aus gewerkschaftlicher Sicht.

Dass Aktivitäten gegen Neonazis und rechte Gewalt nicht nur Aufgabenfeld von engagierten Zivilgesellschaftern und Jugendlichen ist, will unter anderem die Ausstellung „Neofaschismus in Deutschland“ vermitteln, die bis 28. Februar in der Berliner Mediengalerie zu sehen ist. Schon der Ort ist Programm. Die Mediengalerie hat ihren Sitz im „Haus der deutschen Buchdrucker“, das in den 20er Jahren Sitz der traditionsreichen Buchdruckergewerkschaft war. Als am 2. Mai 1933 die Nazis die Gewerkschaftshäuser stürmten, wurde auch das Haus der Buchdrucker verwüstet, die Einrichtung zerschlagen und viele Mitarbeiter verhaftet, gefoltert und ermordet. In der Ausstellung werden auf vielen der optisch sehr nutzerfreundlich gestalteten Tafeln nicht nur die Frauenpolitik, den Revanchismus, das Umweltverständnis der rechtsextremen Gruppen dargestellt, es werden auch Vergleiche mit der Politik der NSDAP gezogen.

Die Gewerkschaftsfeindlichkeit rechtsextremer Gruppierungen kommt gemeinhin in der öffentlichen Debatte zu kurz. Es ist nicht verwunderlich, dass eine von den Gewerkschaften ver.di Berlin-Brandenburg, IG-Bau Bezirksverband Berlin und IG-Metall Berlin, Brandenburg und Sachsen unterstützte Ausstellung hier das Augenmerk drauflegt. Erwähnt wird auch, dass engagierte Gewerkschafter immer wieder von Rechtsextremisten bedroht werden. Anhand von Flugblättern der Republikaner und der NPD wird gezeigt, dass die Bekämpfung eigenständiger gewerkschaftlicher Interessenvertretungen und die Propagierung einer Volksgemeinschaft dort einen zentralen Stellenwert einnimmt. Das Veranstaltungsprogramm, das die Ausstellung begleitet, widmet sich unter anderem auch der sozialen Demagogie der Rechten. Ein in Gewerkschaftskreisen heiß diskutiertes Thema sind rechte Einstellungen in der eigenen Mitgliedschaft. Auf einer Veranstaltung wird daher auch eine vor wenigen Monaten zu diesem Thema erstellte Studie der Berliner Freien Universität vorgestellt und diskutiert. *Peter Nowak*

www.mediengalerie.org/ausstellung/neofaschismus/veranstaltungen.html

Rezension

In der 14. Folge

Wieder ein neues „Jahrbuch für Antisemitismusforschung“.

Das von dem Historiker Wolfgang Benz für das Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin herausgegebene „Jahrbuch für Antisemitismusforschung“ versteht sich als interdisziplinäres Forum für wissenschaftliche Beiträge zur Antisemitismus-, Minderheiten- und Vorurteilsforschung. Der vorliegende 14. Band enthält in drei Schwerpunktthemen 20 Aufsätze. Zunächst geht um die NPD und deren Wahlerfolg in Sachsen: Hier finden sich Beiträge über die Erfolgsbedingungen der Partei in der historischen Perspektive, die NPD und ihr Umfeld in Sachsen und die Partei in Nordrhein-Westfalen und Sachsen im Vergleich. Der zweite Themenblock enthält Texte zur antisemitischen Fälschung der „Protokolle der Weisen von Zion“, wobei es um die Vorstellung von „jüdischer Verschwörung“ im Mittelalter, die „antizionistische“ Kampagne in Polen 1968 und die „Protokolle“ im Internet geht. Im letzten Teil finden sich unterschiedliche Aufsätze, die unter anderem das antijüdische Pamphlet „Der Juden Badenstub“, Hannah Arendts Deutung des Antisemitismus, Antisemitismus in Frankreich und das polnische „Radio Maryja“ zum Inhalt haben.

Überwiegend handelt es sich um gut belegte und strukturierte Abhandlungen, die nicht nur interessante Darstellungen, sondern auch Interpretationen vermitteln. Hervorhebenswert sind die Beiträge von Thomas Grumke und Richard Stöss, die über eine vergleichende Betrachtung bezogen auf Länder und Zeitabschnitte den analytischen Nutzen solcher Methoden überzeugend verdeutlichen. Der dritte Teil enthält ferner eine beachtenswerte kritische Analyse des Schulbuchklassikers „Damals war es Friedrich“ von Hans Peter Richter, der insbesondere Deutschlehrern zur Lektüre empfohlen sei. Erneut ist es Wolfgang Benz und seinen Mitarbeitern gelungen, ein überaus erkenntnisförderndes und interessantes Jahrbuch vorzulegen. *Armin Pfahl-Traughber*

Wolfgang Benz (Hrsg.), Jahrbuch für Antisemitismusforschung 14. Metropol-Verlag, Berlin, 2005, 359 S., 21,00 Euro

Meldungen

Braune Solidarität

Mannheim – Unter dem Motto „Schafft Meinungsfreiheit – Freiheit für Zündel, Rudolf, Verbeke und Irving!“ wollen Neonazis am 8. April in Mannheim demonstrieren. Angekündigt wird der Aufmarsch zugunsten der vier sich in Justizgewahrsam befindenden Holocaust-Leugner als „bundesweite Großdemonstration“. Als Redner sollen einer Mitteilung des Aktionsbüros Rhein-Neckar zufolge Christian Worch, Thomas Wulff, Marcel Wöll, Thorsten Heise und Ralph Tegethoff auftreten. Außerdem soll mit Jürgen Rieger auch einer der Anwälte Zündels sprechen. (ts)

Unruhestifter

Bremen - Das von NPD-Mitgliedern betriebene virtuelle „Bremerforum“ hat sich zu einem Internettreff für parteiinterne Oppositionelle – und damit zu einem Ärgernis für die NPD-Spitze entwickelt. Unter Führung des NPD-Kreisverbandes Bremen-Nord von Jörg Hendrik Wrieden versuchten Parteimitglieder, sich der autoritären Bundesführung zu widersetzen und kritisierten mit Unterstützung Freier Nationalisten um den Hamburger Christian Worch zunächst die „schmutzige Absetzung“ des baden-württembergischen Landesvorsitzenden Günter Deckert. Der Parteiaustritt von drei „guten Abgeordneten“ im sächsischen Landtag brachte das Fass soweit zum Überlaufen, dass die „parteiinterne Rebellenarmee“ aus Bremen mittlerweile „schonungslos die dreckigen Geschäfte der Führungsriege“ um NPD-Chef Udo Voigt aufdecken und den „Werteverfall unserer Partei durch eine kleine Gruppe Posten- und Geldsammler“ bekämpfen will. Dies wurde von den Bremern im rechtsextremen „Störtebeker-Netz“ vollmundig angekündigt. Die NPD-Führung in Berlin reagierte erzürnt und forderte eine Distanzierung des Landesverbandes Bremen vom Unruhestifter „Bremerforum“. Ansonsten, so heißt es aus Szenekreisen, werde man im „Weigerungsfalle“ die Bremer Parteimitglieder „unter Zwangsverwaltung des NPD-Landesverbandes Niedersachsen“ stellen. Die Bremer beugten sich dem Druck nur scheinbar, sie gaben die Leitung am 9. Januar brav ab – ausgerechnet an den stärksten Parteikritiker Christian Worch. (ar)

„Heldengedenken“ im Frühjahr

Halbe – Neonazis wollen versuchen, am 11. März erneut in Halbe aufzumarschieren. Der „Freundeskreis Halbe“ teilte mit, es seien für diesen Tag mehrere Veranstaltungen angemeldet worden. Mit der Terminierung im März knüpfen sie an eine alte Tradition an: Die Nazis hatten 1934 den Heldengedenktag, der damals jeweils im Frühjahr stattfand, zum staatlichen Feiertag gemacht. Offenbar wollen die Neonazis auch die Schlappe ausbügeln, die sie am 12. November 2005 erlitten, als Gegendemonstranten ihre Demo-Route blockierten. Gegen Auflagen, die im vorigen November für ihre Demonstration galten, und gegen das Verhalten der Polizei, die die Blockade nicht auflöste, gehen die Neonazis zudem mit drei Klagen beim Verwaltungsgericht Frankfurt/Oder vor. Ein Spendenaufruf für diesen „Rechtskampf um Halbe“ brachte bisher knapp 3000 Euro ein, wie Christian Worch und der damalige Veranstalter der Demonstration, Lars Jacobs, mitteilten. 600 Euro steuerte die NPD bei, deren Vorstandsmitglied Thomas Wulff die Spende überreichte. (ts)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt MdB

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 499

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 190

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 190
Mail: vertrieb@vorwaerts.de